



**Menschen entlasten.
Preise deckeln.
Übergewinne
besteuern.**

DIE LINKE.

Menschen entlasten. Preise deckeln. Übergewinne besteuern.

Lebensmittel, Heizen, Nebenkosten, der Weg zur Arbeit – die Preise explodieren und viele Menschen trifft das wie ein Schlag ins Gesicht. Sie wissen nicht mehr, wie sie über den Monat oder über den Winter kommen sollen: Für einen Vier-Personen-Haushalt könnten die Nebenkosten bis zu 5 000 Euro teurer werden. Immer mehr Menschen müssen wegen der gestiegenen Preise eine Mahlzeit ausfallen lassen.

Aber nicht nur die Preise für Gas und Öl gehen durch die Decke. Auch die Gewinne der Energiekonzerne. So hat Shell im zweiten Quartal seinen Gewinn verfünffacht (17,8 Milliarden Euro). Und während die Lebensmittelpreise explodieren, sind unter den zehn reichsten Deutschen gleich drei Besitzer*innen von Lebensmittel-Discountern.

Was tut die Regierung? Sie legt die Kosten der höheren Gaspreise auf die Verbraucher*innen um, um Gasimporteure wie Uniper zu entlasten, anstatt die Übergewinne der Energiekonzerne und Handelsketten zu besteuern. Statt den Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zu helfen, die sich mehrere Tausend Euro Nachzahlung für die Heizung nicht leisten können, plant sie eine Steuerreform, bei der 70 Prozent der Entlastungen den 30 Prozent mit dem höchsten Einkommen zugutekommen. Das ist ein Programm der Verteilung von Reichtum von unten nach oben!

Krieg, Krise und Inflation heizen die soziale Ungleichheit weiter an: Weltweit ist der Club der Superreichen größer geworden. Die Zahl der Millionär*innen in Deutschland ist 2021 um 100 000 gewachsen (auf 1,67 Mio. Millionär*innen). Die zehn Prozent der reichsten Deutschen besitzen etwa 60 Prozent des gesamten Vermögens.

Und was tut die Regierung? Sie verzichtet auf die Übergewinnsteuer, die bis zu 100 Milliarden Euro einbringen könnte und belastet statt dessen die Menschen mit einer Gaspreislage. Es ist höchste Zeit, dass sich was ändert. Es ist höchste Zeit für soziale Gerechtigkeit.

Entlastung für diejenigen, die es brauchen! Bei den Direktzahlungen des »Entlastungspakets« der Regierung bekommen alle mit Erwerbseinkommen 300 Euro – auch Vielverdienende. Wer Hartz IV bezieht und in Armut lebt, bekommt einmalig 100 Euro (plus 100 Euro Corona-Bonus). Rentner*innen und Studierende bekommen nichts. Das ist ungerecht!

Stattdessen braucht es:

■ Alle Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen – oder ohne Einkommen – erhalten einen **sozialen Klimabonus** von monatlich 125 Euro plus 50 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied.

■ Die **Hartz-IV-Sätze** (neuerdings »Bürgergeld« genannt) müssen auf die von Sozialverbänden errechnete angemessene Höhe von 678 Euro angehoben werden.

■ Die Inflation darf nicht die **Löhne** auffressen! Viele Unternehmen haben an den Börsen Spitzenabschlüsse gemacht. Statt hohe Dividenden auszuschütten, müssen die Löhne erhöht werden. Solidarität mit den Beschäftigten und Gewerkschaften, die jetzt für höhere Löhne kämpfen.

Geld ist genug da – verteilt es gerecht!

■ Die Extragewinne der Konzerne in der Krise müssen extra besteuert werden.

■ Wer enormen Reichtum (Nettovermögen ab 2 Millionen Euro) besitzt, muss über eine einmalige Vermögensabgabe an der Finanzierung der Krisenkosten beteiligt

werden, wie es das auch nach dem Zweiten Weltkrieg gab.

■ Auch langfristig müssen große Vermögen gerechter besteuert werden, um in Bildung, Pflege und Klimaschutz zu investieren: Vermögensteuer jetzt!

■ Die Schuldenbremse muss ausgesetzt bleiben! Die Regierung hat für das 100 Mrd. Euro Aufrüstungspaket der Bundeswehr die Schuldenbremse quasi ausgesetzt. Ab nächstem Jahr soll die Schuldenbremse wieder gelten. Das heißt: viel weniger Geld für Soziales, für Bildung, Pflege. Kommunen müssen bei Schwimmbädern, Jugendclubs und Bibliotheken sparen.

Was jetzt passieren muss



1. Es braucht eine Entlastung durch Direktzahlungen für die Menschen, die es brauchen. Niemand soll im Dunkeln sitzen oder frieren müssen.



2. Die Direktzahlungen können durch eine gerechte Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen sowie den Extragewinnen der Konzerne finanziert werden.



3. Die Preise für lebenswichtige Dienste und Waren müssen gedeckelt werden, um Mitnahmeeffekte der Unternehmen auszuschließen.



4. Es müssen endlich die Weichen für eine soziale und ökologische Verkehrs- und Energiewende gestellt werden. Mobilität darf kein Luxus sein. Energieversorgung in öffentliche Hand!

www.die-linke.de/preisdeckeln

Die Preise kontrollieren und deckeln

Der Staat muss eingreifen, wenn die Preise für lebenswichtige Dienste und Waren durch die Decke gehen.

■ Es gab eine staatliche Preisaufsicht für Strom, die wollen wir wieder einführen. Preisabsprachen zwischen den Konzernen wollen wir hart bestrafen.

■ Alle Haushalte bekommen einen Sockelbetrag für Strom und Gas. Grundverbrauch wird preiswerter, Vielverbrauch wird teurer. So wird Energiesparen belohnt.

■ Die Pendlerpauschale ist ungerecht: Wer wenig verdient, hat keine Vorteile. Wir wollen ein Mobilitätsgeld für alle Pendler*innen, egal ob für Auto oder Bahn und auch für niedrige Einkommen.

■ Bezahlbare Miete statt fette Rendite! Viele Immobilienkonzerne erhöhen »wegen der Inflation« die Mieten. Damit werden vor allem die Dividenden ihrer Aktionäre geschützt, nicht aber die Mieter*innen. Die Bundesregierung muss deswegen bundesweit Mietendeckel ermöglichen. Wir fordern: keine Zwangsräumungen mehr, wenn die Nebenkosten nicht gezahlt werden können!

Verkehr und Energieversorgung sozial und klimagerecht

■ Strom- und Wärmenetze gehören in öffentliche Hand. Mit Stadtwerken, Energiegenossenschaften und Windkraftanlagen in kommunaler Hand stärken wir das öffentliche Eigentum und sorgen für gerechte Preise. Strom- und Gassperren werden verboten.

■ Den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in drei Schritten kostenfrei machen:

1. Das 9-Euro-Ticket muss bis Ende des Jahres verlängert werden.
2. Deutschlandweit kostet der ÖPNV nicht mehr als einen Euro pro Tag. Schüler- und Sozialtickets sind frei.
3. Der ÖPNV wird kostenfrei mit guten Verbindungen und schnellen Taktungen.

Gemeinsam sorgen wir dafür, dass es ein heißer Herbst wird. Gegen die soziale Kälte der Ampel-Regierung. Informiert Euch, macht mit, wehrt Euch.

So stoppen wir die Preisexlosion:

1 Die Menschen entlasten

Sozialer Klimabonus von 125 Euro im Monat für jeden Haushalt bis zum mittleren Einkommen (plus 50 Euro für jede weitere Person im Haushalt).

2 Konzerne und Superreiche besteuern

Die Lasten gerecht verteilen. Die Extragewinne der Konzerne in der Krise müssen extra besteuert werden, eine einmalige Vermögensabgabe muss eingeführt werden.

3 Die Preise deckeln

Die Preise für Strom und Gas staatlich regeln! Alle Haushalte bekommen einen Sockelbetrag für Strom und Gas. Grundverbrauch wird preiswerter, Vielverbrauch wird teurer.

4 Klima- und Verkehrswende

Strom- und Wärmenetze in öffentliche Hand. Der ÖPNV wird schrittweise kostenfrei, Bus und Bahn bauen wir aus.

Wir bleiben in Kontakt

-  www.die-linke.de
-  www.die-linke.de/newsletter
-  [instagram.com/dielinke](https://www.instagram.com/dielinke)
-  [facebook.com/linkspartei](https://www.facebook.com/linkspartei)
-  twitter.com/dielinke
-  [die-linke.app](https://www.die-linke.de/app)

Immer auf dem Laufenden bleiben – mit dem Telegram Kanal der LINKEN

t.me/die_linke



Unterschreibe den Aufruf:

»Menschen entlasten.
Preise deckeln.
Übergewinne besteuern.«



Die Preise für Lebensmittel, Strom und Gas gehen durch die Decke. Aber: Viele Konzerne machen mit Krieg und Krise extra Gewinne. Der Club der Superreichen wird größer: Manche gewinnen immer, wenn die Regeln nicht geändert werden.

Wir sagen: Es reicht! Strom, Heizen, Lebensmittel und Nahverkehr müssen für alle bezahlbar sein. Die Regierung muss dafür sorgen, dass die Entlastung von den Preissteigerungen sozial gerecht ist und Ungleichheit zurückdrängt.

www.die-linke.de/preisedeckeln

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24 00 99 99, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de